

und politische Praxis. Wenn jedoch Tenbruck die Soziologie als „Lebensmacht“ höher einschätzt als die der marxistischen Staatssoziologie im Osten, so überschätzt er trotz bemerkenswerter Parallelen die Wirkmächtigkeit soziologischen Denkens beträchtlich. Gelegentlich hat man den Eindruck, er schaffe durch Überzeichnung der Macht der Soziologie (als Wissenschaft, nicht nur als spezialisierte Sozialforschung) den Mythos erst, den er kritisiert. Überdies ist zu befürchten, daß seine als konservative Kulturkritik vorgetragene Mängel- und Selbstüberschätzungsanalyse der Soziologie so ziemlich alle Klischees derer, die sich von den Wirkungen der Soziologie in ihrem eigenen Weltbild bedroht fühlen, bestätigt und verstärkt. Dies gilt nicht zuletzt für *kirchennahe Leser*.

Deswegen sei noch ein Detail angemerkt, das nicht überschätzt werden soll, aber doch nicht zu übersehen ist. Es ist gerade unter konservativen und neokonservativen Kulturkritikern Mode geworden, zeitgenössischen säkularen Weltbildern und den mit ihnen verbundenen Hoffungsbewegungen mit *religiösem Vokabular* zu Leibe zu rücken. Man denkt und spricht im Schema von Religion und Gegenreligion. Man attestiert säkularen Orientierungssystemen und -bewegungen Energien und Antriebskräfte von religiöser Intensität. Das Buch Tenbrucks ist voll solchen, die Soziologie als säkulare Ideenmacht kennzeichnenden religiösen Schlagworten und Begrifflichkeiten: Heilslehre, Glaubensgeschichte, Prophet, Apostel, Missionar, Hagiograph. Noch für Dürkheim blieb die Soziologie „das Substitut für den religiösen Glauben“. Spencer nennt er einen „viktorianischen Evangelisten“. Dahinter steht eine präzise Ansicht über die Umsetzung religiöser Heilerwartungen in innerweltliche Leitbilder. Das Phänomen gibt es, aber seine Generalisierung ist problematisch. Doch davon abgesehen: Um Religion und Kirche bemühte Leser tun gut daran, die polemisch negativen Rückwirkungen kulturkritisch verwendeten religiösen Vokabulars nicht zu übersehen. Was zur negativen Kennzeichnung einer Wissenschaft oder Bewegung – in diesem Fall der Sozialwissenschaften – dient, ist kaum geeignet, die Ursprungsregion, der das Vokabular entnommen wird, in positivem Licht erscheinen zu lassen. Der einmal mögliche *Umschlag konservativer Kulturkritik in Kirchen- und Christentumsfeindlichkeit* – bei der „neuen Rechten“ in Frankreich schon sehr aktuell – könnte darin eine seiner Vorformen haben.

David Seeber

Mintoffs Kirchenkampf

Zum Streit um Maltas Privatschulen

Als gäbe es nicht schon genügend Auseinandersetzungen um Privatschulen, die zu einem Großteil von der katholischen Kirche getragen werden: Da ist der Streit in Frankreich gerade entschärft, wenn auch nicht eigentlich beigelegt oder gar bereinigt; in Spanien gehen Hunderttausend auf die Straße, um einem erwarteten Urteil des Verfassungsgerichtshofes auf die Sprünge zu helfen, mit dem die bürgerliche Opposition ein bereits vom Parlament verabschiedetes Schulgesetz zu Fall bringen möchte, da bricht noch ein weiterer heftiger Schulstreit aus: der zwischen der sozialistischen Regierung und der Kirche des 350 000 Einwohner zählenden Inselstaates Malta. So sehr solche Vergleiche aus der Perspektive von Ländern, in denen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens wie Privatschulen kaum Gegenstand für innenpolitische Auseinandersetzungen dieses Ausmaßes darstellen, naheliegen mag, bei näherem Hinsehen wird deutlich, daß die Auseinandersetzungen auf Malta trotz ähnlicher Ausgangslagen von denen in Frankreich und Spanien doch sehr verschieden sind. Maltas Kirche-Staat-Beziehungen sind seit Jahren ein *Dauerthema*. Die augenblicklichen Auseinandersetzungen um katholische Schulen und Anschläge auf Einrichtungen der katholischen Kirche sind nur ein vorläufiger Höhepunkt.

Wenn Malta in der Weltöffentlichkeit Gesprächsstoff abgibt, sind zumeist die eigenwilligen politischen Vorgehensweisen des starken Mannes des Landes, des Minister-

präsidenten *Dom Mintoff*, der Anlaß. Hohen Stellenwert in seiner politischen Prioritäten-Liste nimmt einerseits der Kampf ein gegen Reste von Feudalismus und Klerikalismus bzw. das, was er dafür hält, andererseits die Suche nach neuen außenpolitischen Bindungen. Was das letztere angeht, ist Maltas Premier keinesfalls wählerisch. Nachdem sein Land 1964 vom Vereinigten Königreich die Unabhängigkeit erhalten hatte und zunächst von der seit langem in der Opposition befindlichen, gemäßigten „Nationalist Party“ regiert worden war, zogen sich unter seiner Ägide NATO und Großbritannien nach und nach von der Insel zurück, und im gleichen Maße, wie er den Westen hinauskomplimentierte, nahm er stärker Verbindungen zu den Ostblockländern oder Nord-Korea, auch zu China auf, und vor allem kam es zur Annäherung an Libyen. Noch im vergangenen November wurde bei einem Besuch von Staatschef Ghadafi ein Freundschafts- und Kooperationsvertrag abgeschlossen. Malta sichert dieses Abkommen im Bedrohungsfall die militärische Unterstützung Libyens. Der Inselstaat verpflichtet sich, keine Militärstützpunkte von Drittländern auf seinem Staatsgebiet zuzulassen. Maltas Regierung gab zugleich bekannt, daß ein aus dem Jahre 1980 stammendes Neutralitätsabkommen mit Italien ausgelaufen sei. Zu einem wirklichen Bruch mit den Ländern des Westens ließ es Mintoff bis jetzt nicht kommen, auch nicht mit Großbritannien oder Italien. Diese außenpolitische Suche nach neuen Ufern

dürfte jedoch nicht nur aus ideologischen Gründen vorgenommen worden sein. Zum Teil erklärt sie sich als der Versuch eines kleinen Landes, aus seiner Lage zwischen den Fronten eigenen Nutzen zu ziehen und auf sich aufmerksam zu machen. Was freilich bis heute nicht im gewünschten Maße gelang.

Den bislang spektakulärsten Schritt in dieser Richtung unternahm Malta, als Mintoff vor einem Jahr beim KSZE-Folgetreffen in Madrid zunächst die Zustimmung seines Landes zum Madrider Schlußdokument verweigerte und so eine einvernehmliche Beendigung der Konferenz per vorgeschriebenem Konsens verunmöglichte, und das alles aus dem angeblichen Grund, das Thema der Sicherheit im Mittelmeerraum fände nicht genügend Berücksichtigung.

Gestörtes innenpolitisches Klima

Auch ohne den Schulstreit ist Malta innenpolitisch bereits seit langem *erheblichen Spannungen* ausgesetzt. Nach 13 Jahren Regierung durch Dom Mintoff befindet sich der Inselstaat geradezu in einer inneren Zerreißprobe: Arbeitslosigkeit und ein hohes Handelsbilanzdefizit machen dem rohstoffarmen Land zu schaffen. Mintoff setzt in dieser Situation auf Verstaatlichung und Zentralisierung und damit auf dirigistische Eingriffe seitens des Staates in die Wirtschaft. Die intensivierten Beziehungen zu den Ostblockländern zahlen sich in dieser Hinsicht allerdings noch nicht nennenswert aus. Das innere Klima des Landes wurde im Zusammenhang mit den Wahlen von 1981 gestört. Die Opposition wirft der Regierungspartei seitdem vor, sie habe sich bei dieser Wahl die Stimmenmehrheit im Parlament nur dadurch sichern können, daß sie im Vorfeld der Wahlen eine Neueinteilung der Wahlkreise vornahm. Immerhin trat der Fall ein, daß die „Labour Party“ bei diesen Wahlen nach der Zahl der abgegebenen Stimmen unterlag, aber dennoch weiterhin die Mehrheit der Abgeordneten im Parlament stellte und somit Dom Mintoff im Amt bestätigen konnte. Vor diesem Hintergrund haben auch Äußerungen von Mintoffs Stellvertreter und voraussichtlichem Nachfolger *Karmenu Mifsud Bonnici* Unruhe ausgelöst, der Sympathien für die *Bildung einer Einheitspartei* zur besseren Bewältigung der schwierigen wirtschaftlichen Lage des Landes erkennen ließ (Neue Zürcher Zeitung, 18. 7. 84). Befürchtungen dieser Art sind schon deshalb nicht einfach von der Hand zu weisen, weil Mintoffs Politik bereits heute volksdemokratische Züge trägt.

Seit der Machtübernahme der Arbeiter-Partei und ihres Führers Dom Mintoff im Jahre 1971 ist ein konstantes Bemühen der Regierung festzustellen, die Kirche aus ihrer angestammten Position im Land hinauszudrängen, wo immer dies möglich scheint. Damit betreffen die Auseinandersetzungen im Gegensatz zu Frankreich und Spanien auf Malta viel stärker im eigentlichen Sinne die Beziehungen von Staat und Kirche zueinander, die privaten Schulen sind nur ein vorläufig letztes, wenn auch herausragendes Glied in einer Kette von ähnlichen Bemühungen

seitens der Regierung. Die katholische Kirche ist in Malta sehr stark: Die Bewohner gehören bis auf kleinste Minderheiten der römisch-katholischen Kirche an und sind noch zu über 80 Prozent als praktizierende Katholiken anzusehen. Hinzu kommen 70 von der Kirche getragene Schulen verschiedenster Schultypen, in denen ein Drittel aller Schüler Maltas betreut werden.

Ein Dorn im Auge der Arbeiter-Partei ist obendrein der beträchtliche *Grundbesitz*, über den die Kirche verfügt. Beobachter sprechen davon, daß die Unnachgiebigkeit, mit der Mintoff und seine Labour Party den Einfluß der Kirche auf Malta zu schmälern bemüht sind, auch ein Zeichen dafür sei, daß man noch eine Rechnung zu begleichen habe aus Zeiten, in denen die Kirche unzweideutig auf der Seite der konservativen, christ-demokratisch ausgerichteten „Nationalist Party“ Position bezog (vgl. Le Monde, 28./29. 10. 84). Dies ist jedoch heute durchaus nicht mehr der Fall. Im Gegenteil – im Zusammenhang mit dem Schulstreit ist unverkennbar, daß die Kirche sich bemüht, nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, als bestehe zwischen ihr und der politischen Opposition Interessengleichheit. Die Bischöfe sind sich im klaren darüber, daß sie auf die Tatsache Rücksicht nehmen müssen, daß auch Katholiken zu den Anhängern der Partei Mintoffs gehören. Im übrigen scheut die Regierungsseite, so sehr sie sich sonst auch marxistischem Gedankengut verpflichtet weiß, auch nicht, das eigene christliche Bekenntnis in die Waagschale zu werfen, so beispielsweise Erziehungsminister Bonnici, wenn er im Eifer des Gefechts darauf hinweist, er sei selbst immerhin ebenso katholisch wie der Erzbischof.

Enteignungsgesetz verfassungswidrig

Frühere Schritte auf dem Weg dahin, die Kirche aus dem öffentlichen Leben der Mittelmeerinsel hinauszudrängen, waren die Übernahme von zwei kirchlichen Lehrerbildungsseminaren durch den Staat, die Schließung katholischer Krankenhäuser, die Ausgliederung der Katholisch-Theologischen Fakultät aus der staatlichen Universität von Msida (vgl. HK, September 1978, S. 440–443). Der *Kirchbau* wurde in den vergangenen Jahren hier und da erschwert, Bischöfen wurde der Zugang zu Gefängnissen und öffentlichen Schulen verwehrt, der Dienst von Seelsorgern an Flughäfen oder in Gefängnissen beendet, das staatliche Fernsehen stellte die Ausstrahlung religiöser Sendungen ein. Und last but not least: Im Sommer 1983 verabschiedete das Parlament ein Gesetz, durch das ein ansehnlicher Teil *kirchlichen Eigentums* konfisziert werden sollte (vgl. HK, August 1983, 387). Von verschiedenen Stellen, u. a. von Erzbischof *Joseph Mercieca* von La Valetta, war damals das Verfassungsgericht des Landes in der Frage angerufen worden. Ein Jahr danach, zu einer Zeit, als die Auseinandersetzungen um die privaten Schulen im vollen Gang waren, erklärte dies Gericht das Enteignungsgesetz für verfassungswidrig und verhalf somit der Kirche zu einer beträchtlichen Stärkung ihrer Position im Gesamtstreit.

Die starke Stellung der Kirche im Schulbereich mußte den Sozialisten naturgemäß ein besonderer Dorn im Auge sein. Bereits ein Jahr nach Regierungsantritt begrenzte die Regierung Mintoff 1972 die Höhe der von den Privatschulen erhobenen Schulgelder; staatliche Zuschüsse, erst kurze Zeit vorher noch von der Vorgängerregierung eingeführt, wurden reduziert. 1978, zwei Jahre nach der Bestätigung der sozialistischen Parlamentsmehrheit, war der nächste Schritt das Einfrieren der Schulgelder. Die kirchlichen Schulen sahen sich folglich gezwungen, die Eltern aufzufordern, durch vermehrte Spenden die Einbußen der Schulen wieder auszugleichen. 1980 stellte der Staat seine Zuschüsse gänzlich ein. Ein Jahr nach der umstrittenen Wahl von 1981 gewährte die Regierung für die Absolventen staatlicher höherer Schulen einen Bonus, der sie beim Übergang auf die Universität begünstigt bzw. die Absolventen privater Schulen benachteiligt. Dieses System besteht weiterhin, auch wenn die Höhe dieses Punkte-Bonus inzwischen um die Hälfte herabgesetzt wurde. Noch im selben Jahr untersagte man es den Privatschulen, selbst freiwillige Spenden anzunehmen.

Schulgeldfreiheit sagen und Abschaffung privater Schulen meinen

1983 erklärte der Erziehungsminister, die katholischen privaten höheren Schulen sollten gänzlich frei sein von Schulgebühren. Der Beitrag der Schüler bzw. deren Eltern bewegte sich damals bereits zwischen 40 und 160 US-Dollar pro Jahr, manche Schüler zahlten gar nichts oder einen reduzierten Beitrag, sofern die Eltern den Betrag in voller Höhe nicht aufzubringen vermochten. Was bisher bereits gängige Praxis war, führte die Kirche Anfang dieses Jahres formell ein, daß derjenige Oberschüler keinen Beitrag zu entrichten habe, dessen Eltern zu dessen Zahlung nicht in der Lage sind. Als Begründung für ihre Vorgehen weist die Regierung darauf hin, daß es gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoße, wenn in einem Teil des Schulsystems Schulgebühren erhoben würden. Die Kirche weist demgegenüber immer wieder darauf hin, daß es mit ihren finanziellen Verhältnissen unvereinbar sei, auf Schulgelder gänzlich zu verzichten.

Beispielsweise habe man allein im Jahre 1982 ein Haushaltsdefizit von 218 000 US-Dollar im Schulbereich zu verzeichnen. Dies Defizit hätte noch sehr viel höher ausfallen müssen, würden die zahlreichen Ordensleute im Schulwesen in gleicher Weise bezahlt wie die übrigen Angestellten. Man subventioniere heute bereits jedes Kind, das eine katholische Privatschule besuche mit 88 US-Dollar jährlich. Um ganz auf die Schulgelder verzichten zu können, bräuchte man jährlich einen Beitrag von rund 3,7 Millionen US-Dollar. Im übrigen verstärkte das Enteignungsgesetz von 1983 die kirchlichen Bedenken in dieser Sache mehr, als daß es sie milderte.

Zu einer erheblichen *Zuspitzung* der Konfrontation kam es in diesem Jahr. Die Eile, mit der die Regierung in dieser Angelegenheit vorgeht, wird allgemein als Hinweis dafür

gelesen, daß Mintoff es als seine Aufgabe ansieht, die Sache durchzuzufechten, bevor er seinem Nachfolger sein Amt übergibt. Im April verabschiedete das Parlament *Ergänzungen zum Erziehungsgesetz*, nach denen alle Schulen, einschließlich der privaten, jährlich um eine Lizenz durch den Staat nachsuchen müssen, für deren Erteilung der Erziehungsminister Bedingungen festlegen kann. Schulen, die diese Bedingungen nicht erfüllen, erhalten folglich die Lizenz nicht und können geschlossen werden. Auf die Offenlegung der für die Erteilung der Lizenz vorausgesetzten Bedingungen mußte man ganze fünf Monate warten. Im Juli werden sie bekanntgegeben in einem Schreiben an acht der insgesamt 19 kirchlichen Oberschulen. Vorrangiges Kriterium ist, daß keinerlei Zahlungen an die Schulen geleistet werden dürfen. Bis zum 31. desselben Monats sollten die Schulen darüber Auskunft geben, ob sie die Bedingungen erfüllen oder nicht.

Erzbischof Joseph Mercieca gab daraufhin zu verstehen, daß es der Kirche unmöglich sei, ihre Schulen ohne den Einzug von Schulgeldern weiterzuführen. Dementsprechend gab die Regierung Anfang August bekannt, daß die acht Schulen für das neue Schuljahr über keine Lizenz verfügten und damit zu schließen seien. Für die betroffenen Schüler werde die Regierung sich um andere schulische Einrichtungen bemühen. Mercieca hat inzwischen in der Frage der finanziellen Zuwendungen an Privatschulen das Verfassungsgericht angerufen.

Die Ereignisse gegen Ende der Sommerferien und zu Beginn des Schuljahres überstürzten sich dann: In Demonstrationen versicherten große Teile der Bevölkerung der Kirche ihre Unterstützung in der Schulfrage. Erzbischof Mercieca hatte dazu aufgefordert, den Schulbetrieb wie gewohnt wieder aufzunehmen. Nachdem in der Woche vor dem geplanten Schulbeginn durch Zufall ein Sprengsatz vor dem Erzbischöflichen Palais in La Valletta noch vor dessen Detonation entdeckt worden war und es zu Anschlägen randalierender Gruppen u. a. auf den Amtssitz des Erzbischofs gekommen war, verkündete Mercieca den *vorläufigen Boykott des Schulbetriebs aller privaten Schulen*. Noch vor der Bekanntgabe des Boykottaufrufs hatte Mercieca sich mit Mintoff getroffen – aber offenbar ohne Erfolg.

Waffenstillstand bis Schuljahsende

Ministerpräsident Mintoff setzt indessen wieder einmal auf den Vatikan bei der Beilegung dieses Konfliktes. Nachdem er vor Jahren schon einmal Rom aufgefordert hatte, Mercieca aus seinem Amt zu entfernen, aber mit diesem Wunsch nicht durchdrang, versuchte er bereits seit längerem den Eindruck zu erwecken, lediglich der Vatikan sei ihm ein Gesprächspartner. Andererseits hatte Papst Johannes Paul II. der Kirche in Malta und Erzbischof Mercieca mehrfach demonstrativ seine Unterstützung versichert. Auf der Rückreise von London, wo Premierministerin *Margret Thatcher* Mintoff wegen seiner Kirchenpolitik Vorhaltungen gemacht hatte, traf Maltas Premier am 4. Oktober mit Kardinalstaatssekretär *Ago-*

stino Casaroli und Erzbischof Achille Silvestrini in Rom zusammen. Als Vermittler in dem Konflikt hatte sich auch der italienische sozialistische Ministerpräsident Bettino Craxi angeboten. Die Gespräche im Vatikan sollten Mitte Oktober nach der Rückkehr von Casaroli von einem Besuch beim Nationalen Eucharistischen Kongreß in Argentinien fortgesetzt werden.

Über mögliche Ergebnisse dieser Gespräche wurde bislang nichts bekannt, nicht einmal ob sie überhaupt stattgefunden haben.

Eine Wende in der verfahrenen Lage trat Mitte November ein, als die Kirche die Wiedereröffnung der katholischen Schulen bekanntgab. Erziehungsminister Bonnici erklärte, es sei ein Abkommen mit der Kirche geschlossen worden, in dem diese die von der Regierung für den Schulbetrieb gestellten Bedingungen (vor allem die Ko-

stenfreiheit des Unterrichts) bis zum Ende des laufenden Schuljahres akzeptiert habe. Ermöglicht worden sei die Wiedereröffnung durch Unterredungen zwischen Erzbischof Mercieca, dem Vatikan-Botschafter Maltas, Paul Farrugia, und der Regierung. Erzbischof Mercieca hatte sich in einem Brief an die Regierung gewandt mit der Bitte um Aufnahme von Verhandlungen.

Gelöst ist damit jedoch erst wenig. Bis zum nächsten Sommer hat man auf diese Weise Zeit gewonnen. Noch vor der vorläufigen Einigung sah es so aus, als könnte Ministoff in der Schulfrage die Sache sogar überzogen haben. Auch aus den eigenen Reihen waren Bedenken gegenüber der Schulpolitik zu hören. Immerhin steht es nicht so, daß sich Malta dieses innenpolitische Zerwürfnis in Sachen Privatschulen ohne weiteres leisten könnte.

Klaus Nientiedt

Kurzinformationen

Am 11. Dezember 1984 wurde das Apostolische Schreiben „*Reconciliatio et Paenitentia*“ Johannes Pauls II. veröffentlicht. Es handelt sich dabei um das *Abschlußdokument der sechsten Vollversammlung der Bischofssynode*, die sich im Herbst 1983 einen Monat lang mit dem Thema „Versöhnung und Buße im Sendungsauftrag der Kirche“ beschäftigt hatte (vgl. HK, Dezember 1983, 568–573). Der Papst betont denn auch, der Inhalt des (auf den 1. Adventsonntag datierten) Schreibens stamme von der Synode. Gleichzeitig trägt der Text aber auch unverkennbar seine *persönliche spirituell-theologische Handschrift*. Das Schreiben behandelt längst nicht alle theologischen und pastoralen Einzelfragen, die auf der Synode erörtert worden waren, sondern beschränkt sich auf einige Grundlinien. Einem ersten kürzeren Teil über Versöhnung und Buße als Auftrag der Kirche folgt ein zweiter Hauptteil über Wesen und Gestalten der Sünde. Bemerkenswert sind hier die differenzierten Aussagen zum Verhältnis von *personaler* und *sozialer Sünde*. Festgehalten wird die Notwendigkeit der Unterscheidung von läßlichen und Todsünden wie auch die traditionelle Umschreibung der Todsünde. Den *Verlust des Sündenbewußtseins* bringt Johannes Paul II. in Verbindung mit dem modernen Säkularismus; er nennt auch „Tendenzen im kirchlichen Leben“, die den Niedergang des Sündenbewußtseins begünstigen. Als Mittel und Wege zur Förderung von Buße und Versöhnung führt das Schreiben den Dialog, die Katechese und besonders ausführlich das Bußsakrament an. Es fällt auf, daß der Papst nach einem knappen Hinweis auf die sündentilgende Kraft der anderen Sakramente unmittelbar mit dem *Bußsakrament* einsetzt, ohne es in die Vielfalt der von der Tradition der Kirche wie von der gegenwärtigen Erfahrungen möglichen und sinnvollen Bußformen einzubetten. Besonderes Gewicht wird der Rolle des Priesters als Beichtvater zugemessen. Johannes Paul II. führt die drei im Ordo Paenitentiae von 1970 enthaltenen For-

men der Spendung des Bußsakraments auf; der (nichtsakramentale) Bußgottesdienst wird nicht eigens erwähnt. In der auf der Synode viel diskutierten Frage der sakramentalen Generalabsolution verweist er auf die Normen des CIC und bekräftigt den Ausnahmecharakter dieser Bußform. – Wir werden auf das Schreiben im Februarheft nochmals ausführlicher zurückkommen.

Mit der letzten Novemberaudienz schloß Johannes Paul II. seine *Ansprachenserie über Ehe, Sexualität und Leiblichkeit* ab. Es war die längste Serie von Audienzansprachen, die bisher ein Papst zu einem einzelnen Thema gehalten hat. Begonnen hatte Johannes Paul II. damit bereits 1980 im Vorfeld der Bischofssynode über die Familie. Das weitgesteckte Thema war die Begründung einer „*Theologie der Leiblichkeit*“ in den Kategorien seiner Anthropologie und Ethik, wie er sie in seinen früheren Werken als Ethikprofessor in Krakau (z. B. *Liebe und Verantwortung*, München 1979) begründet hatte. Das engere und eigentliche Ziel war aber eine *Bekräftigung der Lehre von „Humanae vitae“* über das Verbot jeder künstlichen Methode der Empfängnisverhütung. Von Anfang an ging es dem Papst um eine ganzheitliche Begründung dieses Verbots aus der Natur des Menschen bzw. seiner Geschlechtlichkeit. Wie „*Humanae vitae*“ selbst, verwendet Johannes Paul II. dabei insofern einseitig auch biologistische Argumente, als er die Moralität der Geschlechtlichkeit mehr in den physiologischen Ablauf des Aktes selbst als in die damit verbundene Verantwortung personaler und mitmenschlicher Art legt. In seinen Texten war der Papst bemüht, durch die Exegese bestimmten „Schlüsselworten Jesu“ der Lehre von „*Humanae vitae*“ auch ein bibeltheologisches Fundament zu geben. Die Ansprachen, die wie ein Vorlesungszyklus angelegt waren, und mehr die persönliche Reflexion des Papstes als, jedenfalls was die Begründung